

DGB Bezirk Nord • Besenbinderhof 60 • 20097 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Die Vorsitzende

Per Mail:
sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/1572

Abteilung
Beschäftigungspolitik

Unsere Zeichen
ud/AP
Alt+E+N

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Telefon: 040/2858-217
Telefax: 040/2858-229

Helmut Uder
email: helmut.uder@dgb.de

Mitarbeiterin
Anja Plewig
email: anja.plewig@dgb.de

Datum
08.12.06
Bitte Datum sechsstellig lassen!

Betreff

**Bezuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen
Bericht der Landesregierung – Drucksache 16/930**

Anrede

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

Text

mit Schreiben vom 21. November 2006 haben Sie uns die Gelegenheit gegeben, zum Bericht der Landesregierung über die Zuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen im schriftlichen Verfahren Stellung zu beziehen. Das möchte ich hiermit tun.

Die Landesregierung verweist in ihrem Bericht darauf, dass nach dem Inkraft-Treten des SGB II kein Bedarf mehr für ein Beratungs- und Betreuungsangebot gesehen wird; dass in fast allen Bundesländern die Förderung zwischenzeitlich eingestellt wurde und dass die RD Nord die Auffassung vertritt, dass sowohl eine projektbezogene als eine institutionelle Förderung ausgeschlossen ist. Außerdem wird darauf verwiesen, dass es in Schleswig-Holstein die Institution der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten gibt, die neutral betroffene Bürger/innen beraten kann.

Dies ist aus unserer Sicht eine reine verwaltungsmäßige Argumentationslinie, die keine Auskunft darüber gibt, ob es einen tatsächlichen Beratungsbedarf und einen Bedarf an finanzieller Unterstützung für die Arbeitslosen-Beratungsinitiativen gibt.

Nach den mir vorliegenden Informationen gibt es wenigstens im Kreis Pinneberg und in Lübeck aktive Arbeitsloseninitiativen, die auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind.

In Lübeck beispielsweise finden an neun verschiedenen Orten durch die Arbeitsgruppe Erwerbslosenarbeit in der DGB Region Schleswig-Holstein Ost zusammen mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Beratungen statt. Die Gruppe führt ebenfalls Beratungen in den Kreisen durch.

Die Langfristarbeitslosigkeit, die Angst, bereits nach 12 bzw. 18 Monaten in die sozialstaatliche Alimentation zu fallen, beunruhigt viele Menschen. Sie fühlen sich durch den drohenden oder den bereits eingetretenen sozialen Abstieg in die Armut existenziell bedroht.

Viele Arbeitslose, insbesondere ALG II – Empfänger/innen wünschen sich daher verwaltungsferne Beratungsmöglichkeiten, die ihnen die Gelegenheit geben, staatliches Handeln überprüfen zu können, nachvollziehbar und transparent zu machen. Eine solche Beratung muss einerseits qualifiziert erfolgen und bedarf andererseits der Vertrauensbasis zu den Betroffenen. Um dieses Ziel zu erreichen, hält der DGB die Förderung von entsprechenden Arbeitsloseninitiativen für notwendig.

Wenn das Ziel ernsthaft politisch gewollt wird, wird es auch Wege geben, die Maßnahmen zu finanzieren. Gerade bei den schwierigen Fällen der Langzeitarbeitslosen mit dem lapidaren Hinweis auf die angespannte Finanzlage zu argumentieren, lässt uns an dem Willen zur Hilfe zweifeln. Wir meinen, gerade die Schwächeren unserer Gesellschaft brauchen Hilfe und Unterstützung und die zarten Ansätze eines gewissen konjunkturellen Aufschwungs am Arbeitsmarkt werden das Problem der Armut durch Langfristarbeitslosigkeit nicht so schnell beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Uder